



Rechtsausschuss

65. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

4. November 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:40 Uhr

Vorsitz: Dr. Werner Pfeil (FDP)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	7
---	----------

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die Behandlung des Tagesordnungspunktes 5 dem Wunsch der antragstellenden Fraktion entsprechend zu vertagen.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)	8
---	----------

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11100

hier: Einzelplan 16 (Verfassungsgerichtshof)	8
---	----------

Vorlage 17/3992 (Erläuterungsband)
Vorlage 17/3966 (Erläuterungsband)
Vorlage 17/3996
Vorlage 17/3999

¹ vertraulicher Teil mit TOP 19 siehe vAPr 17/30

- Einbringung durch den Minister der Justiz (Einzelplan 04)
- Einbringung durch die Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs (Einzelplan 16)

In Verbindung mit

Ist-Zahlen des Haushalts-Einzelplans des Ministeriums der Justiz zum 31.10.2020 *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4077

- Wortbeiträge

**2 Modellversuch kontrollierte Cannabis-Abgabe:
Schwarzmarkt bekämpfen, Jugendschutz und Prävention stärken 10**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/8579

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

- Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD sowie gegen die Stimme des Vertreters der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

**3 Gesetz zur Erleichterung des Zugangs zu amtlichen Informationen in
Nordrhein-Westfalen 11**

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/8722

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

- Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die abschließende Beratung über den Gesetzentwurf zu vertagen.

4 Gesetz Anpassung bestehenden Landesrechts an die COVID-19-Pandemie und sonstige pandemiebedingte Sondersituationen 12

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/11165

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP sowie gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD und bei Stimmenthaltung des Vertreters der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschließt der Ausschuss, die Mitberatung über den Gesetzentwurf in der heutigen Sitzung abzuschließen.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD sowie gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und bei Stimmenthaltung des Vertreters der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf zu.

5 Der Justiz die Augen öffnen. Gute Statistiken führen zu mehr Effektivität 14

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/11166

– wird nicht behandelt

6 Entwurf der 2. Vereinbarung zur Änderung der Verwaltungsvereinbarung über die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter nach dem Fakultativprotokoll vom 18. Dezember 2002 zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe 15

Vorlage 17/3991
Drucksache 17/11504

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss erhebt gegen den von der Landesregierung mitgeteilten Entwurf der Vereinbarung keine Einwendungen.

- 7 Corona in der Justiz** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **16**
– keine Wortbeiträge
- 8 Abschlussbericht zur Koordinierungsrunde zu der Expertenkommission zu Optimierungsmöglichkeiten im Justizvollzug auf den Gebieten des Brandschutzes, der Kommunikation und der psychischen Erkrankungen** (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung [s. Anlage 3], Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1]*) **17**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4078
– Wortbeiträge
- 9 Maskenpflicht** (*Bericht beantragt von der Fraktion der AfD [s. Anlage 4]*) **19**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4086
– Wortbeiträge
- 10 Gefahr von Cyberangriffen auf die Justiz** (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 5]*) **20**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4079
– keine Wortbeiträge
- 11 Tötungsdelikt in Hagen – Versäumnisse der Justizbehörden?** (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 5]*) **21**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4080
– Wortbeiträge

12 Geiselnahme in der JVA Münster (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung [s. Anlage 6], Bericht beantragt von der Fraktion der AfD [Anlage 7]*) **23**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4087

– Wortbeiträge

Der Ausschuss bittet darum, die in der Beratung aufgeworfenen weiteren Fragen schriftlich zu beantworten.

13 Umgang mit den im Frühjahr wegen Corona aus der Haft entlassenen Gefangenen (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1]*) **26**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4081

– keine Wortbeiträge

14 Beratungshilfescheine (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1]*) **27**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4082

– keine Wortbeiträge

15 Berichtswesen in der Justiz (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1]*) **28**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4083

– keine Wortbeiträge

16 Ich schäme mich für diesen Staat (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1]*) **29**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4084

– keine Wortbeiträge

17 Umsetzungsstand des Justizvollzugsmodernisierungsprogramms (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1]*) **30**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4085

– keine Wortbeiträge

18 Verschiedenes **31**

Der Ausschuss verständigt sich darauf, dass die übernächste Sitzung am 9. Dezember 2020 stattfinden wird.

* * *

4 Gesetz Anpassung bestehenden Landesrechts an die COVID-19-Pandemie und sonstige pandemiebedingte Sondersituationen

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/11165

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Überweisung am 8. März 2020 zur federführenden Beratung in den Hauptausschuss sowie zur Mitberatung in den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen, in den Innenausschuss, in den Wissenschaftsausschuss, in den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft Natur- und Verbraucherschutz und in den Rechtsausschuss.)

Sonja Bongers (SPD) macht darauf aufmerksam, dass Fristverlängerungen bis weit in das Jahr 2021 hinein vorgesehen seien, obwohl das Befugnisgesetz nur bis zum 30. März 2021 reiche. Sie wirft die Frage auf, ob insoweit eine rechtliche Lücke bestehe.

Daniel Sieveke (CDU) merkt an, die vorgesehenen Fristverlängerungen ergäben sich aus den Verhältnissen und den gesetzlichen Grundlagen in den unterschiedlichen Regelungsbereichen.

StS Dirk Wedel (JM) führt aus, die unterschiedlichen bereichsspezifischen Be- bzw. Entfristungen ergäben sich aus dem Bündelungscharakter des Gesetzes. Das Justizressort sei insofern betroffen, als die im Landesrichter- und -staatsanwältegesetz vorgesehene Möglichkeit der elektronischen Abstimmung in dem gemeinsamen Gremium nach § 48 durch Artikel 9 des Gesetzentwurfs bis zum 30. Juni 2021 verlängert werden solle. Diese Verlängerung orientiere sich an der vorgesehenen Verlängerung der entsprechenden Befristung im Landespersonalvertretungsgesetz.

Sonja Bongers (SPD) hält die von ihr gestellte Frage durch diese Auskunft nicht für hinreichend beantwortet.

Vorsitzender Dr. Werner Pfeil schlägt vor, die abschließende Beratung über den Gesetzentwurf bis zu der Sitzung des Ausschusses am 18. November 2020 zurückzustellen und das Justizministerium um schriftliche Beantwortung der aufgeworfenen Frage zu bitten.

Daniel Sieveke (CDU) regt an, die Mitberatung zu dem Gesetzentwurf abzuschließen und die Beantwortung etwaiger offengebliebener Fragen der Beratung im federführenden Ausschuss vorzubehalten.

StS Dirk Wedel (JM) erläutert am Beispiel des Artikels 9, durch das Inkrafttreten des vorliegenden Gesetzes werde die entsprechende Frist im Landesrichter- und -staatsanwältengesetz verlängert. Ob es darüber hinaus einer Änderung der Rechtsgrundlage im Coronaschutzgesetz bedürfe, könne er ohne nähere Prüfung nicht sagen.

Hans-Willi Körfges (SPD) meint, da es sich um eine Rechtsfrage handele, sollte diese in dem dafür zuständigen Rechtsausschuss geklärt und nicht dem federführenden Ausschuss überlassen werden.

Christian Mangen (FDP) verweist auf die Artikel 1 und 2 des Gesetzentwurfs. An diesen Beispielen macht er deutlich, dass sich die Ent- bzw. Befristungen aus den Verhältnissen in den jeweils betroffenen Rechtsbereichen ergäben.

StS Dirk Wedel (JM) bietet an, dass das Justizministerium seine Rechtsauffassung zu der aufgeworfenen Frage dem Ausschuss kurzfristig schriftlich mitteilen werde.

Vorsitzender Dr. Werner Pfeil nimmt dieses Angebot namens des Ausschusses an.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP sowie gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD und bei Stimmenthaltung des Vertreters der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschließt der Ausschuss, die Mitberatung über den Gesetzentwurf in der heutigen Sitzung abzuschließen.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD sowie gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und bei Stimmenthaltung des Vertreters der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf zu.

(Wird heute nicht behandelt; siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)

5 Der Justiz die Augen öffnen. Gute Statistiken führen zu mehr Effektivität

Antrag

der Fraktion der AfD

Drucksache 17/11166

